



Bayerisches Ministerialblatt

BayMBl. 2026 Nr. 136

8. April 2026

3121.1-A

Zusammenarbeit bei der Verhütung der Kinder- und Jugenddelinquenz

Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien des Innern, für Sport und Integration, der Justiz, für Unterricht und Kultus sowie für Familie, Arbeit und Soziales

vom 19. März 2026, Az. C13-6526-1-3, E5-4210-II-7732/2025, V.9-BS4313.2/369 und IV4/0104.03-1/2417

1.

¹Kinder- und Jugenddelinquenz ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und Problem. ²Prävention und Bekämpfung der Kinder- und Jugenddelinquenz sind gemeinsame Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte und ihrer Institutionen.

³Öffentliche Stellen wie Jugendamt, Schule, Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugend- und Familiengericht sind kraft gesetzlichen Auftrags gehalten, sich der Herausforderung der Kinder- und Jugenddelinquenz generell und im Einzelfall anzunehmen. ⁴Erfahrungen aus der Praxis und Erkenntnisse aus der Wissenschaft zeigen, dass der Prävention ein großes Augenmerk geschenkt werden muss. ⁵Prävention bedeutet zum einen zu verhüten, dass junge Menschen delinquent werden, zum anderen aber auch, geeignete Hilfestellung anzubieten, wenn ein junger Mensch mit dem Gesetz in Konflikt geraten ist, um ihn vor weiteren Verfehlungen zu bewahren.

⁶Notwendig ist vor allem eine enge und verbindliche Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen. ⁷Diese findet statt im Rahmen von regelmäßigen Arbeitskreisen, phänomenbezogenen Arbeitsgruppen und in einzelfallbezogenen Fallkonferenzen.
2.

¹Eine regelmäßige Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen auf örtlicher Ebene fördert die gegenseitige Information und Koordination und erhöht die Kenntnis und Wirksamkeit einzelner Maßnahmen und Initiativen.

²Hierzu bietet sich nach den in der Praxis gemachten Erfahrungen insbesondere die Einrichtung eines selbständigen Arbeitskreises „Kinder- und Jugenddelinquenz“ an.

³Andere bestehende Vernetzungsstrukturen sowie Zuständigkeit und Verantwortung der beteiligten Stellen und Einrichtungen bleiben dabei unberührt.
3.

Es werden selbständige Arbeitskreise für Kinder- und Jugenddelinquenz eingerichtet.
- 3.1

¹Diese Arbeitskreise sollen durch die Verwaltung des Jugendamts initiiert und mit deren Unterstützung durchgeführt werden (vgl. § 81 SGB VIII). ²Die Initiative dazu kann aber auch von anderen Kooperationspartnern ausgehen. ³In geeigneten Fällen kann ein Arbeitskreis in Absprache mit den anderen Kooperationspartnern von mehreren Jugendämtern gemeinsam eingerichtet werden.
- 3.2

Um die angestrebte Kontinuität der Zusammenarbeit zu sichern, sollen die Arbeitskreise regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, zusammentreten.
- 3.3

¹Inhaltlich soll die Tätigkeit der Arbeitskreise darauf gerichtet sein, Erkenntnisse und Erfahrungen zur Kinder- und Jugenddelinquenz im örtlichen Bereich auszutauschen und gemeinsam Handlungsstrategien zur Verhütung und Bekämpfung der Kinder- und Jugenddelinquenz zu entwickeln. ²Dies beinhaltet auch Maßnahmen der Nachsorge.

³Vorrangiges Ziel muss sein, die Einsicht und das gegenseitige Verständnis für die Arbeitsweise und die spezifischen Herausforderungen der verschiedenen Stellen und Einrichtungen, die mit Fragen der Kinder- und Jugenddelinquenz befasst sind, zu fördern. ⁴Deshalb soll auch sichergestellt sein, dass die Teilnehmenden der Arbeitskreise die Ergebnisse in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich weitervermitteln.

3.4 ¹Der Teilnehmerkreis soll sich zusammensetzen aus Vertretungen der

- Kinder- und Jugendhilfe,
- Schularten vor Ort,
- örtlich zuständigen Polizeidienststellen,
- Staatsanwaltschaft,
- Jugend- und Familiengerichte sowie
- Bewährungshilfe.

²Nach regionalen Gegebenheiten oder bei besonderen Schwerpunkten können auch Vertretungen anderer Institutionen eingeladen werden. ³Hierbei ist insbesondere an Vertretungen der Kinder- und Jugendpsychiatrien zu denken.

⁴Die verschiedenen Gruppen bestimmen ihre Vertretungen in eigener Zuständigkeit sowie gegenseitiger Absprache.

4. ¹Wenn besondere Vorkommnisse oder Phänomene ein rasches, abgestimmtes Handeln erfordern, sollen einzelfallbezogene Fallkonferenzen durchgeführt oder phänomenbezogene Arbeitsgruppen eingerichtet werden.

²Für die Einberufung von Arbeitsgruppen oder Fallkonferenzen ist Nr. 3.1 entsprechend anzuwenden. ³Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen und Fallkonferenzen richtet sich nach den Erfordernissen des Einzelfalls.

5. Die Bestimmungen des Datenschutzes sind zu beachten.

6. ¹Diese Bekanntmachung tritt am 1. Mai 2026 in Kraft. ²Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2030 außer Kraft. ³Die Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien des Innern, der Justiz, für Unterricht und Kultus sowie für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Gesundheit zur Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Verhütung der Jugendkriminalität vom 3. März 1999 (AIIMBl. S. 207) tritt mit Ablauf des 30. April 2026 außer Kraft.

Dr. Erwin L o h n e r
Ministerialdirektor

Dr. Winfried B r e c h m a n n
Ministerialdirektor

Martin W u n s c h
Ministerialdirektor

Dr. Markus G r u b e r
Ministerialdirektor

Impressum

Herausgeber:

Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Postanschrift: Postfach 220011, 80535 München

Telefon: +49 (0)89 2165-0, E-Mail: direkt@bayern.de

Technische Umsetzung:

Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:

Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech

Telefon: +49 (0)8191 126-725, Telefax: +49 (0)8191 126-855, E-Mail: druckerei.ii@jv.bayern.de

ISSN 2627-3411

Erscheinungshinweis / Bezugsbedingungen:

Das Bayerische Ministerialblatt (BayMBl.) erscheint nach Bedarf, regelmäßiger Tag der Veröffentlichung ist Mittwoch. Es wird im Internet auf der Verkündungsplattform Bayern www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die Verkündungsplattform Bayern ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der Verkündungsplattform Bayern entnommen werden.